

KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



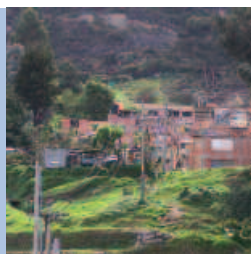
DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG:

Chinas Engagement in Afrika stand im Mittelpunkt eines internationalen entwicklungspolitischen Symposiums der KAS in Peking.



WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG:

Der bekannte deutsch-iranische Autor und Orientalist Navid Kermani plädiert für die Vereinbarkeit von Religiosität und staatsbürgerlichem Engagement.



MEDIEN:

Das Medienprogramm Lateinamerika legte eine Studie über den Umgang der Tagespresse mit der wachsenden Armut auf dem Kontinent vor.



PARTEIEN- UND PARLAMENTSBERATUNG:

In Ghana hatten interessierte Bürger die Möglichkeit, ihre Abgeordneten zu treffen und sich über ihre parlamentarische Arbeit zu informieren.

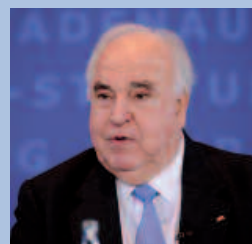
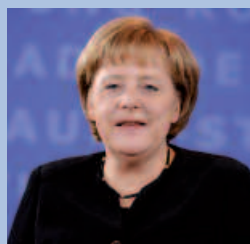


DAS GEMEINWOHL IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Der Einsatz für das „Gemeinwohl in einer globalisierten Welt“ stand im Mittelpunkt des internationalen Symposiums, das die Konrad-Adenauer-Stiftung am 15. Februar 2008 in Berlin durchführte und an dessen Abschluss ein Empfang anlässlich des 75. Geburtstags des Stiftungsvorsitzenden Prof. Dr. Bernhard Vogel stand. International anerkannte Experten aus Politik, Kirche, Wirtschaft und Wissenschaft trafen zusammen, um aus ihrer jeweiligen Perspektive das Problem zu beleuchten.

Nach einer Einführung durch Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl, in der er sich bei Prof. Dr. Bernhard Vogel, dem „Glücksfall für die Politik“, für eine lange gemeinsame Wegstrecke bedankte, machten in drei Impulsvorträgen der Präsident des Europaparlaments Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, der Erzbischof Diarmuid Martin und Peter Sutherland aus Sicht von Politik, Kirche, Wirtschaft und Wissenschaft deutlich, dass die Verwirklichung des Gemeinwohls im Zeitalter einer sich ständig beschleunigenden Globalisie-

rung von großer Bedeutung ist. Peter Sutherland, Chairman bei BP und Goldman Sachs International, betonte die Chancen der Globalisierung. „Wir sind am Übergang zu einer neuen Welt“, so Sutherland. Die Globalisierung könne dabei den Menschen, und nicht nur der



Wirtschaft, Freiheit bringen. Viel Ungleichheit sei durch die Öffnung der Märkte bereits ausgeglichen oder vermieden worden. Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering beleuchtete die Rolle der Politik. „Nicht Einzelinteressen, sondern das Gemein-

Fortsetzung auf Seite 3

INHALT

■ Seite 2

Editorial

■ Seite 3

Wirtschafts- und Sozialordnung

■ Seite 5

Menschenrechte

■ Seite 6

Rechtsstaat

■ Seite 8

Medien

■ Seite 10

KAS-Panorama

■ Seite 12

Parteien- und Parlamentsberatung

■ Seite 14

Demokratie und Entwicklung

■ Seite 15

Politischer und Sicherheitsdialog

■ Seite 16

Werte- und Religionsdialog

■ Seite 18

Energie und Umwelt

■ Seite 19

Neuigkeiten aus der Internationalen Zusammenarbeit

■ Seite 20

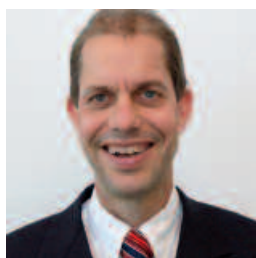
Neuerscheinungen



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



Im Zuge des Globalisierungsprozesses wird die Gemeinwohlvorsorge der Nationalstaaten zunehmend entgrenzt, Institutionen und Regeln des sozialen Zusammenlebens sehen sich vielfältigen Einflüssen ausgesetzt. Tief verwurzelte politische, rechtliche und religiöse Werte des Westens stehen konkurrierenden Ordnungsmodellen gegenüber. Die Frage, wie in der Komplexität der Welt von heute das Gemeinwohl auf globaler Ebene bewahrt und vermehrt werden kann, stand im Zentrum des internationalen Symposiums der Konrad-Adenauer-Stiftung „Das Gemeinwohl in einer globalisierten Welt“, das Mitte Februar in Berlin stattfand. International anerkannte Experten aus Politik, Wirtschaft und Kirche kamen zusammen, um das Problem von ihrem jeweiligen Standpunkt aus zu beleuchten.

Die Frage der Gemeinwohlvorsorge thematisiert die Ordnung einer Gesellschaft, ihre Regeln, Institutionen und Organe. Wie können diese auf globaler Ebene effizienter gestaltet werden? Wie sehen die Aufgaben des Staates vor diesem Hintergrund aus? Diese Fragen sind schwieriger als noch vor einigen Jahrzehnten zu beantworten und bedeuten neue Ansprüche an die Politik. Der Konsens über das Bonum Commune (gemeinsame Gut), das es auf internationaler Ebene zu bewahren gilt, ist bisher nur schwach ausgeprägt.

Eine wesentliche Herausforderung besteht in unserer Zeit darin, auf internationaler Ebene wirtschaftlichen Fortschritt nachhaltig mit Gerechtigkeit zu verbinden. Ziel ist es, mit einem überstaatlichen Ansatz dem Gemeinwohl der ganzen Welt gerecht zu werden, denn Gemeinwohl bedeutet mehr als die Summe des Wohlergehens der Individuen. Wir sind der Überzeugung, dass die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch global als Leitbild für die Verknüpfung von Wachstum und sozialem Ausgleich dienen können. Sie begründen eine Ordnung, die nach Gerechtigkeit strebt.

Eine der zentralen Aussagen des Symposiums lautete, dass eine wertorientierte Außenpolitik für die Verwirklichung des globalen Gemeinwohls von entscheidender Bedeutung ist. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wies in der Abschlussrede des Symposiums auf Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Solidarität als Fundamente eines erfolgreichen gesellschaftlichen Modells hin, für das wir mit Selbstbewusstsein in der Welt eintreten müssen. Sie unterstrich, dass unsere Wertvorstellungen nicht an unseren Grenzen enden können und dürfen. Internationaler Austausch und verstärkte Vernetzung zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit auf allen Ebenen sind dabei in verstärktem Maße vonnöten. Diesem Ziel hat sich auch das wertgebundene, auf christlicher Verantwortung beruhende Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Partnern auf allen Kontinenten dieser Welt verschrieben. Kern unseres Auftrags, am Aufbau einer global sozialen und gerechten Ordnung mitzuwirken, ist und bleibt das Gemeinwohl.

Berlin, im März 2008

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Internationale
Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Helmut Reifeld:
Gesamtkoordination
■ Karolina Ryszka:
Assistenz

■ Catrin Czyganowski:
Werte- und Religions-
dialog, Menschenrechte
■ Dr. Nino Galetti:
Medien, Energie und
Umwelt

■ Dr. Karsten Grabow:
Parteien- und Parlaments-
beratung, Politischer
und Sicherheitsdialog

■ Andrea Kolb:
Demokratie und
Entwicklung

■ Susanna Vogt:
Wirtschafts- und
Sozialordnung

■ Dr. Jan Woischnik:
Rechtsstaat

Kontakt über:

Vorname.Nachname@
kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign,
Köln

Fotos

dpa, Fotolia, KAS

© 2008

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



„Armut bedeutet nicht, ein zu geringes Einkommen zu haben. Armut ist die Unfähigkeit, das von Gott in uns gesetzte Potential voll verwirklichen zu können. Armut ist daher eine Beleidigung der Menschenwürde und eine Beleidigung Gottes.“ (Erzbischof Diarmuid Martin)

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

DAS GEMEINWOHL IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Fortsetzung
von Seite 1 ►

Bild oben v.l.n.r.:
Dr. Inge Kaul,
Dr. Christian Ruck
MdB, Prof. Dr.
Wolfgang Schürer,
Prof. Dr. Peter
Molt, Prof. Dr.
Stefan Oeter

wohl sei dabei Maßstab“, so der Parlamentspräsident. Politiker müssten Antworten nicht nur auf wirtschaftliche Fragen der Globalisierung geben, sondern auch auf die kulturellen Herausforderungen. Erzbischof Martin unterstrich in seinem Beitrag, dass Gemeinwohl keine Gebrauchsanweisung für die Globalisierung, sondern eine moralische Forderung nach Nächstenliebe sei. Auch in einer globalisierten Welt werde es immer Menschen geben, die keinen Zugang zum Markt hätten. Die Würde des Menschen und nicht der Markt selber habe im Mittelpunkt aller wirtschaftlicher Aktivitäten zu stehen. Der Erzbischof von Dublin hob hervor, dass das Konzept der sozialen Gerechtigkeit in diesem Kontext an Bedeutung gewinne.

Wo berühren sich Globalisierung und Gemeinwohl? Dieser Frage ging im Anschluss ein Expertenpanel nach. Einig waren sich die Redner darin, dass nur durch Definition und Wertschätzung eines gemeinsamen Wohls der Prozess der Globalisierung gelingen könne. Für die Entwicklungszusammenarbeit müsse eine Priorität in der Hilfe zur Selbsthilfe liegen. Im wirtschaftlichen Bereich sollte eine Orientierung am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft erfolgen. Diese muss Freiräume zur Entfaltung der eigenen Potentiale schaffen und gleichzeitig zur Rücksichtnahme auf Schwächere erziehen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel betonte in der Abschlussrede des Symposiums die Bedeutung einer von Werten geleiteten Außenpolitik. Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte bildeten den Kern einer wertorientierten globalen Ordnungspolitik: Diese Koordinaten des Ordnungsrahmens seien Teil eines erfolgreichen gesellschaftlichen Modells und mit entsprechendem Selbstbewusstsein sollte Deutschland für dieses Modell in der Welt eintreten. Der Wertekonsens innerhalb der Europäischen Union ist dabei auch für einen internationalen Ordnungsrahmen von Bedeutung: „Unsere Wertvorstellungen dürfen nicht an unseren Grenzen oder den Grenzen der Europäischen Gemeinschaft enden“, forderte Merkel in Berlin vor den Teilnehmern des Symposiums. Der intensivierte Dialog mit bedeutenden Partnerländern, die oftmals einen ganz anderen kulturellen Hintergrund haben und über andere Regelungsmechanismen und Netzwerke verfügen, sei dabei von großer Wichtigkeit.

„Wenn wir diese Herausforderungen annehmen, dann wird sich unser Leben und unsere Politik verändern. Diese Veränderung darf aber nicht auf Kosten unserer Werte stattfinden. Die Werte bleiben gültig, aber sie müssen auf neue Sachverhalte angewandt werden“, so die Bundeskanzlerin abschließend. Wenn dies gelänge, dann könne die Globalisierung als die große Chance wahrgenommen werden, die sie ist.

REGIONALE INTEGRATION IN BRASILIEN



Graham Meadows,
ehemaliger Generaldirektor für die
Regionalpolitik der
EU-Kommission

Wie kann das regionale Gefälle innerhalb Brasiliens reduziert werden? Das diesjährige Thema des XIV. Forums Brasilien-Europa am 29. und 30. November 2007 in Recife lautete „Regionale Integration und Kohäsionspolitik“. Dabei standen die Erfahrungen der Europäischen Union und des Mercosur bei der Reduzierung von regionalen Ungleichheiten im Mittelpunkt der Diskussionen.

Politiker und Angehörige der EU-Kommission, wie beispielsweise die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Frau Danuta Hübner, und Botschafterin Edileuza Fontenele Reis, Leiterin der Europaabteilung des brasilianischen Außenministeriums, tauschten ihre Erfahrungen aus mit dem Generalsekretär des Mercosurs, Ernesto Büttner Limprich, Diplomaten, Akademikern, Vertretern der Zivilgesellschaft, Journalisten und interessierten Bürgern. Das Forum zeigte konkrete Handlungsmöglichkeiten auf, die zur Reduzierung des regionalen Gefälles beitragen können. Die von Graham Meadows, ehemaliger Direktor für die Regionalpolitik der EU-Kommission, und Manuel Revuelta, Direktor der Vertretung der Region Valencia in Brüssel, vorgetragenen Erfahrungen der Europäer nahmen die Teilnehmer zum Anlass, die eigenen regionalen Entwicklungsbemühungen kritisch zu hinterfragen.

anischen Außenministeriums, tauschten ihre Erfahrungen aus mit dem Generalsekretär des Mercosurs, Ernesto Büttner Limprich, Diplomaten, Akademikern, Vertretern der Zivilgesellschaft, Journalisten und interessierten Bürgern. Das Forum zeigte konkrete Handlungsmöglichkeiten auf, die zur Reduzierung des regionalen Gefälles beitragen können. Die von Graham Meadows, ehemaliger Direktor für die Regionalpolitik der EU-Kommission, und Manuel Revuelta, Direktor der Vertretung der Region Valencia in Brüssel, vorgetragenen Erfahrungen der Europäer nahmen die Teilnehmer zum Anlass, die eigenen regionalen Entwicklungsbemühungen kritisch zu hinterfragen.



Nachwuchspolitiker der afrikanischen Parteienallianz UPADD aus Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Mali, Niger und Togo

SIND DIE WIRTSCHAFTSPARTNERSCHAFTS-ABKOMMEN DER RICHTIGE WEG?

DIE HANDELSBEZIEHUNGEN EU – WESTAFRIKA IN DER DISKUSSION

Nachwuchspolitiker der afrikanischen Parteienallianz UPADD (Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement) aus Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Mali, Niger und Togo diskutierten Anfang Dezember 2007 in Ouagadougou, Burkina Faso, über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA), die derzeit zwischen der EU und Westafrika verhandelt werden.

Das Misstrauen in der Region gegenüber jeglicher Form von Liberalisierung sitzt tief. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten wollen zwar Handelsliberalisierung und Entwicklung vereinen. Die wirtschaftlich schwachen Länder sehen im Freihandel jedoch ausschließlich eine Bedrohung. Die Angst ist groß, in der freien Konkurrenz des Weltmarkts die in kleinem Rahmen existierende Industrie zu verlieren.

Das Seminar in Ouagadougou bemühte sich um eine Versachlichung der Debatte. Die Teilnehmer konnten sich anhand der Vorträge von Vertretern der EU-Delegation, der Westafrikanischen Währungsunion UEMOA und Zivilgesellschaft eingehend über den Stand der Verhandlungen, die Chancen und Risiken der WPA informieren.

Die Meinungen der Teilnehmer des Seminars zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen blieben auch nach dem Seminar geteilt, da die Region, hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Struktur, Stärke und Interessen sehr heterogen ist. Besonders negativ sahen die Teilnehmer die europäischen Agrarsubventionen, die das von der WTO angestrebte freie Spiel der Märkte ebenso verzerren wie die Zölle. Dennoch stehen sie bei den WPA-Verhandlungen nicht zur Debatte.

INDIENS UND CHINAS ROLLE IN DER GLOBALEN ORDNUNGSPOLITIK

Im Rahmen des KAS-Dialogs zur globalen Ordnungspolitik führte das Auslandsbüro in Neu-Delhi mit dem Indian Council for Research on International Economic Relations (ICRIER) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) Anfang Dezember 2007 eine Konferenz zur Rolle der beiden großen Wachstumsnationen Indien und China in den Systemen der Global Governance durch.

Experten aus Indien, China, den USA, Deutschland, dem IWF, der OECD, der Asian Development Bank und der Europäischen Zentralbank diskutierten die Bedeutung Indiens und Chinas in den globalen Handelsbeziehungen, die Perspektiven des Wirtschaftswachstums beider Länder sowie die Frage der Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Erfolges der beiden globalen Akteure. Deutlich wurde, dass ohne China und Indien der globale wirtschafts- und sozialpolitische Strukturwandel mit den damit verbundenen Problemstellungen nicht



zu lösen ist. Dabei sind beide Länder gleichermaßen vor erhebliche ökonomische, sozial- und umweltpolitische Herausforderungen gestellt, deren

Lösung für die politische und gesellschaftliche Stabilität beider Länder eine zentrale Rolle spielt. Hervorgehoben wurde die Notwendigkeit innerer Reformen als Voraussetzung für eine Weiterentwicklung des internationalen Engagements.

Die Motive und Interessenslagen der Akteure wurden im Rahmen der Konferenz deutlich beleuchtet und die Bedeutung und Brisanz des Konferenzthemas für die Entwicklung einer globalen Ordnungspolitik kamen klar zum Ausdruck. Das Auslandsbüro Neu-Delhi wird dieses Thema zusammen mit den KAS-Büros in den anderen großen Schwellenländern weiter verfolgen.

"Wer frei ist, hat die Pflicht, für die Freiheit derer einzutreten, denen Freiheit vorenthalten ist." (aus dem Grundsatzprogramm der CDU)



MENSCHENRECHTE

Von links:

■ **Oberin Marie-Claude Naddaf** (Mitglied im Orden der Schwestern vom Guten Hirten, Damaskus).

■ **Monseigneur François Yakan** (Chaldäischer Patriarchalvikar und Mitbegründer des assyro-chaldäischen Wohltätigkeitsvereins KASDER, Istanbul).

■ **Arnold Vaatz** MdB (stellv. Vorsitzender der CDU/CSU Fraktion)

■ **Dr. Otmar Oehring** (Leiter der Fachstelle Menschenrechte, missio e.V.)

DIE LAGE DER IRAKISCHEN CHRISTEN

Auch wenn man meinen könnte, der Inhalt des Jesuswortes „Ihr werdet um meines Namens willen gehasst werden“ sei in der römischen Antike aktuell gewesen und heute lange vorbei: Christenverfolgung ist nicht nur ein historisches Thema. Mit einer Diskussionsveranstaltung in Berlin zur dramatischen Lage der irakischen Christen lenkte die KAS im Februar 2008 die Aufmerksamkeit auf eine in westlichen Medien wenig beachtete Thematik. Der Irak galt einst als säkulare Gesellschaft. Übergriffe auf Christen hat es unter Saddam Hussein zwar gegeben, sie sind jedoch nicht vergleichbar mit den Grausamkeiten, denen irakische Christen heute ausgesetzt sind. Dies hat die Mehrheit zur Flucht in Nachbarstaaten veranlasst, wo eine Zukunftsperspektive jedoch kaum erkennbar ist. Oberin Marie-Claude Naddaf schilderte die Lage irakischer Christen in Syrien. Sie gelten dort als „Gäste“ und sind gezwungen, ihr Visum alle drei Monate unter hohen Kosten und Gefahren verlängern zu lassen. Monseigneur François Yakan betonte, dass mit den alten christlichen Gemeinden auch das Gleichgewicht der Religionen im Nahen Osten verschwinde. Arnold Vaatz MdB hält die Aufnahme von Flüchtlingen in Europa ebenfalls nur als ultima ratio für sinnvoll. Gleichwohl sei Europa verpflichtet, einen Teil des Drucks von den Nachbarstaaten zu nehmen, in denen die gesamte Infrastruktur überlastet ist, so Dr. Otmar Oehring. Hierüber bestand jedoch Einigkeit: Schnelle Hilfe für die irakischen Christen muss Gegenstand der politischen Diskussion werden.

FREIHEIT DER KUNST UND UMGANG MIT DEM ERBE DER ROTEN KHMER

Die Freiheit der Kunst steht im Brennpunkt zwischen (politischer) Meinungsäußerung und den allgemeinen Persönlichkeitsrechten. Künstler tragen auf kreative Weise dazu bei, die Gesellschaft als Ganzes zu reformieren und zu entwickeln. Sie sind auch dazu prädestiniert, die Menschen mit der eigenen Vergangenheit zu konfrontieren. Gerade in Kambodscha, wo öffentlicher Widerspruch und Opposition nie legitim gewesen sind und alles Kontroverse und Unangenehme gern verschwiegen wird, ist dies wichtig.



Seit dem Ende von Genozid, Krieg und Bürgerkrieg haben Künstler ihren Platz in der kambodschanischen Öffentlichkeit jedoch noch nicht wieder gefunden. Um sie als moralische Autorität, autonome Wahrheitsucher und Barometer der sozialen und politischen Verhältnisse zu unterstützen, veranstaltet die KAS gemeinsam mit der Galerie Meta House sechs Foren zum Erbe der Roten Khmer. So finden Künstler wieder ein Podium. Es werden Fakten, Meinungen und Gesichtspunkte dargelegt; ein Ausdruck für große Pluralität und Offenheit. Das derzeitige „Rote Khmer Tribunal“ wird unter vielen Aspekten beleuchtet – von dem Tag an, an dem das Pol Pot Regime am 7. Januar 1979 gestürzt wurde.

Foto oben links: In diesem, mit internationaler Hilfe errichteten Hauptgebäude in Phnom Penh befinden sich die „Extraordinary Chambers in the Courts of Cambodia“ (ECCC) (Khmer Rouge Tribunal).

Foto oben rechts: Kaing Guek Eav, genannt Duch, ehemaliger Leiter des berühmten Folter-Gefängnisses S-21 der Roten Khmer in Phnom Penh, war für den Tod von 21000 Menschen verantwortlich.



KAS NAMIBIA STELLT MENSCHENRECHTSKALENDER FÜR 2008 VOR

Um das Wissen über Menschenrechte zu fördern und die Menschen zu ermutigen, diese fundamentalen Rechte zu verteidigen, hat die KAS gemeinsam mit dem Menschenrechtszentrum der University of Namibia einen Kalender für 2008 entwickelt. Dieser enthält eine Einführung in die Würde und Rechte von Menschen, in deren lokale Schutzmechanismen sowie in das Justizsystem und in Organisationen, an die man sich wenden kann, wenn Menschen sich in ihrer Würde oder ihren Rechten verletzt fühlen.

Rechtsstaatlichkeit erfordert neben klaren gesetzlichen Regelungen vor allem eine funktionierende unabhängige Justiz, ohne die Rechtsgarantien für die Bürger wertlos bleiben.

RECHTSSTAAT

FÜR DAS VERTRAUEN DER BÜRGER IN DIE GERECHTIGKEIT

„UNABHÄNGIGE JUSTIZ IST ZWINGENDE VORAUSSETZUNG“

Dies betonte Indiens Staatspräsidentin Pratiba Devisingh Patil in ihrer Grußadresse, die sie anlässlich einer Konferenz zur Unabhängigkeit der Justiz am 23. und 24. November 2007 in Neu-Delhi gesandt hatte.

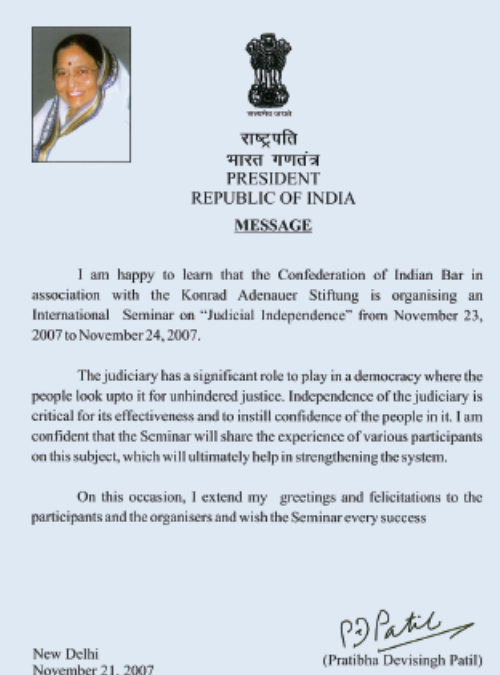
Dazu hatte das regionale Rechtsstaatsprogramm in Asien in Zusammenarbeit mit der Föderation Indischer Anwaltskammern neben Richtern oberster Gerichte aus Indonesien, Korea und Thailand den Richter am Bundessozialgericht Prof. Dr. Rainer Schlegel sowie Herrn Klaus-Heiner Lehne, Mitglied des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments, eingeladen. Ebenso war der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten, Param Cumaraswamy aus Malaysia der Einladung der Stiftung gefolgt.

Die Herausforderungen für die Unabhängigkeit der Justiz durch politische und gesellschaftliche Einflussfaktoren waren Gegenstand dieser hochrangig besetzten Konferenz in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi. In seiner Eröffnungsansprache betonte der oberste Richter Indiens, Chief Justice K.G. Balakrishnan, dass nicht nur die institutionelle Unabhängigkeit der Justiz gewährleistet sein muss, sondern dass es auch auf ein ethisches Selbstverständnis der Richter ankommt. In diesem Zusammenhang verwies er auf den im Jahr 2001 in der indischen Stadt Bangalore verabschiedeten Verhaltenskodex von Richtern (Bangalore Principles), an deren Entwurf auch Param Cumaraswamy mitgewirkt hatte.

Klaus-Heiner Lehne MdEP ging in seinem Vortrag insbesondere auf die Frage der Gewaltenteilung ein, mit der die richterliche Unabhängigkeit institutionell gesichert wird. Nicht immer werde diese Trennung der Kompetenzen beachtet, so dass es zu einer Beeinflussung der Gerichte kommen kann. Prof. Dr. Schlegel vom Bundessozialgericht thematisierte die Gefahren bei der Ernennung und Beförderung von Richtern, die

sich allein nach objektiven Kriterien zu richten habe. Hierin sahen auch eine Reihe anderer Teilnehmer eine große Gefahr für ihre Unabhängigkeit.

Rechtsstaat wird in den meisten Ländern Asiens noch nicht als „Herrschaft des Rechts“ sondern vielmehr als ein System der „Herrschaft durch Recht“ verstanden. Rechtliche Strukturen dienen nur als Mittel zum Zweck wirtschaftlicher Entwicklung bei gleichzeitiger Sicherung der Macht. Ebenso wenig wird erkannt, dass Rechtsstaatlichkeit neben klaren gesetzlichen Regelungen vor allem eine funktionierende unabhängige Justiz erfordert, ohne die Rechtsgarantien für die Bürger wertlos bleiben. Hier bedarf es der Bewusstseinsbildung sowohl bei den staatlichen Institutionen wie bei den Bürger. Das Rechtsstaatsprogramm Asien legt deshalb einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Thematisierung und Analyse derjenigen Faktoren, die die Unabhängigkeit der Richter beeinträchtigen.



**राष्ट्रपति
भारत गणतंत्र
PRESIDENT
REPUBLIC OF INDIA
MESSAGE**

I am happy to learn that the Confederation of Indian Bar in association with the Konrad Adenauer Stiftung is organising an International Seminar on "Judicial Independence" from November 23, 2007 to November 24, 2007.

The judiciary has a significant role to play in a democracy where the people look upto it for unhindered justice. Independence of the judiciary is critical for its effectiveness and to instill confidence of the people in it. I am confident that the Seminar will share the experience of various participants on this subject, which will ultimately help in strengthening the system.

On this occasion, I extend my greetings and felicitations to the participants and the organisers and wish the Seminar every success

New Delhi
November 21, 2007

Pratiba Devisingh Patil
(Pratibha Devisingh Patil)



Hochrangige Repräsentanten der Supreme Court Association und der Confederation of Indian Bars, Pravin H. Parekh, Präsident der Confederation of Indian Bar, K.G. Balakrishnan, Chief Justice of India, Ura Wang-Orm-Klang, ehem. Präsident des Verfassungsgerichts Thailands (v.l.n.r.) diskutieren mit europäischen und asiatischen Experten die Bedeutung des Rechtsstaats für die Entwicklung in Asien.

RECHTSSTAAT



Bild links oben: Bundesminister a.D. Carl-Dieter Spranger hält die Eröffnungsrede.



Bild rechts oben: Teilnehmer auf der 5. KAS-Völkerrechtskonferenz

Die Justiz kann in Asien nur selten als wirklich unabhängig bezeichnet werden. Hier bestehen strukturelle Abhängigkeiten und Korruption. Nicht selten wurde und wird die Justiz als Werkzeug der Politik missbraucht. Vor einigen Jahren waren es Gerichte in Malaysia, die den politischen Konkurrenten des damaligen Premierministers Mahatir, Vizepremier Anwar Ibrahim, mit fadenscheinigen Anschuldigungen hinter Gitter brachten. Anderswo werden politische Gegner mit Verleumdungs- und Schadensersatzprozessen überzogen, um sich ihrer zu entledigen. Mit konstruierten Anklagen werden auch immer wieder zivilgesellschaftliche Akteure, die Interessen bestimmter Bevölkerungskreise artikulieren oder auf Beseitigung sozialer Missstände hinarbeiten, mundtot gemacht. Einleitung und Beendigung derartiger Verfahren erfolgen dabei regelmäßig auf Anweisung der Regierung und keineswegs nach objektiven Maßstäben.

Erst im Herbst 2007 enthob der pakistanische Präsident Musharaf den obersten Richter des Landes kurzerhand seines Amtes und setzte ihn unter Hausarrest, weil unliebsame Entscheidungen zu erwarten waren. Dies führte zu derzeit noch andauernden Protesten nahezu der gesamten Richter- und Anwaltschaft. Auch anderswo regt sich zunehmend Widerstand gegen die Beeinflussung der Justiz, der häufig aus der Anwaltschaft und zuweilen auch aus Richterkreisen selbst kommt.

Aber auch ihre Inanspruchnahme zur Regelung sozialer Probleme, die eigentlich von der Politik gelöst werden sollten, stellt eine zunehmende Beeinträchtigung der richterlichen Unabhängigkeit dar. Gleichzeitig wachsen die Spannungen zwischen Parlamenten und Gerichtsbarkeit über die jeweiligen Kompetenzen. Dies beeinflusst die Richterschaft in besonderem Maße, da die Richter in den meisten Fällen von parlamentarischen Gremien in ihre Ämter berufen werden und von diesen auch entlassen werden können.



5. INTERNATIONALE VÖLKERRECHTSKONFERENZ

Dem zunehmenden Einfluss nichtstaatlicher Akteure auf die nationale und internationale Rechts- und Politikgestaltung widmete die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre 5. Internationale Völkerrechtskonferenz. Sie fand am 19./20. November 2007 auf dem Bonner Petersberg statt.

Den Nationalstaaten und internationalen staatlichen Organisationen sind heute in Gestalt zahlreicher nichtstaatlicher Akteure gewichtige Gegenspieler – und gleichzeitig in vielen Fällen unverzichtbare Partner – bei der nationalen und internationalen Rechts- und Politikgestaltung erwachsen. Deren Einflussnahme wurde gerade in der jüngeren Vergangenheit durch den Prozess der Globalisierung noch erheblich begünstigt und beschleunigt. Die Staaten verlieren sowohl im rechtlichen als auch im politischen Bereich Gestaltungsmacht.

Eröffnet wurde die Fachtagung mit einem Vortrag des früheren Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Carl-Dieter Spranger. Unter den Referenten befanden sich neben namhaften Experten aus Deutschland ferner auch solche aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa.

Ein Schwerpunkt des KAS-Medienprogramms Südosteuropa bildet die Beschäftigung mit der Vergangenheitsbewältigung.

MEDIEN



DAS MEDIENPROGRAMM SÜDOSTEUROPA

Der politische und ökonomische Transformationsprozess hält in den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens sowie in Rumänien und Bulgarien an. Ein gemeinsames Phänomen ist die mangelhafte Entwicklung der jeweiligen Medienlandschaften. Vielfach haben sich die positiven Tendenzen der 90er Jahre abgeschwächt oder wurden sogar gestoppt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat aus diesem Grund im Januar 2007 das „Medienprogramm Südosteuropa“ mit Sitz in Sofia (Bulgarien) gestartet. Das Programm soll die Medien als wichtige Stütze der Demokratisierung stärken und weiterentwickeln. Dabei werden Ziele verfolgt, die mit den regionalen Medienprogrammen in Lateinamerika, Asien und Afrika abgestimmt sind:

■ Verbesserung der Berichterstattung

Da die Ausbildung von Journalisten in Südosteuropa häufig lückenhaft ist, vermittelt die KAS im Rahmen von Fortbildungen insbesondere Kenntnisse in den Bereichen Politik, Europa, Wirtschaft, Umwelt und multi-ethnische Verständigung. Außerdem werden ethische Standards etabliert und die Bildung von Institutionen analog zum Deutschen Presserat unterstützt.

■ Stärkung der gesellschaftspolitischen Wächterfunktion der Medien

Vielfach kennen Journalisten ihre Rechte und Pflichten nicht. Die KAS schult Journalisten im Presse- und Medienrecht ihrer Heimatländer und der Europäischen Union.

■ Förderung des Erfahrungsaustauschs

Durch den Aufbau regionaler Netzwerke sollen Journalisten ihre Kenntnisse innerhalb Südosteuropas besser austauschen können. Daneben wird der Dialog zwischen Medienvertretern in Südosteuropa und Deutschland bzw. der EU gefördert.

■ Politische Kommunikation

Die Kommunikation politischer Entscheidungen ist in vielen Ländern Südosteuropas rudimentär. Die KAS unterstützt die Professionalisierung von Politikern und gesellschaftlichen Institutionen im Umgang mit den Medien. Durch die Anwendung moderner Methoden der Politischen Kommunikation sollen die Menschen in Südosteuropa besser verstehen, was die Grundgedanken der parlamentarischen Demokratie und der Europäischen Union sind.



Die KAS fördert die Aus- und Fortbildung von Journalisten in Südosteuropa.

Zur Umsetzung dieser vier Ziele unterstützt das Medienprogramm vielfältige Maßnahmen wie Seminare, Workshops, Konferenzen, Expertengespräche und Round-Table-Diskussionen. Außerdem bestehen Kooperationen mit Presseräten und Journalisten-Organisationen.

Ein Thema, das in Südosteuropa eine besondere Bedeutung hat, ist die Vergangenheitsbewältigung. Hier leistet die KAS vor dem Hintergrund der „doppelten Erfahrung“ Deutschlands mit der Überwindung der NS-Diktatur und des DDR-Unrechtsregimes einen wichtigen Beitrag.

Daneben ist die Einflussnahme wirtschaftlicher Interessen ein kritisches Feld. Häufig ist die Transparenz der Besitzverhältnisse nur unzureichend. Ähnlich wie in der westlichen Welt stören wirtschaftliche Abhängigkeiten eine verantwortliche, kritische und unabhängige Berichterstattung – und stellen Journalisten bei Ihrer täglichen Arbeit vor erhebliche Interessenkonflikte.

Die Medienarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

wird im Rahmen von vier regionalen Medienprogrammen mit eigenen entsandten Auslandsmitarbeitern mit Sitz in folgenden Städten wahrgenommen:

- Buenos Aires (für Lateinamerika)
- Johannesburg (für Afrika südlich der Sahara)
- Singapur (für Asien)
- Sofia (für Südosteuropa)

Nachdem die Arbeit der Medienprogramme in Asien, Afrika südlich der Sahara und Lateinamerika in den letzten drei Ausgaben von KAS International vorgestellt wurde, präsentiert sich in diesem Heft das Medienprogramm Südosteuropa.



MEDIEN

MEDIENRECHT IN SÜDOSTASIEN

Zu einem Workshop über „Media Laws – the Media and the Law: A difficult Relationship“ lud das Medienprogramm Asien über zwanzig Journalisten aus Südostasien nach Siem Reap (Kambodscha) ein. Bei der Veranstaltung ging es um den Sinn von Pressegesetzen, die Rechte und Pflichten bei der Berichterstattung sowie die ungesetzlichen Eingriffe der Regierungen in die Pressefreiheit. Dabei wurde deutlich, dass es in der Region immer wieder Versuche gibt, per Gerichtsbeschluss die Meinungsfreiheit einzuschränken. Am Ende eines Prozesses steht zwar meist ein Freispruch, aber Gerichtsverfahren kosten die Journalisten Zeit und Geld – und beides haben sie nicht.

LATEINAMERIKA: WIE BERICHTET DIE PRESSE ÜBER ARMUT?

In Lateinamerika ist die Wirtschaft im Durchschnitt um gute fünf Prozent gewachsen, doch die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter. Das Thema Armut taucht jedoch nur in weniger als einem Prozent der Meldungen in der Tagespresse auf. Das zeigte eine sechsmonatige Studie, die vom Medienprogramm Lateinamerika in Auftrag gegeben wurde. Die Ergebnisse wurden auf dem internationalen Kongress der argentinischen Journalistenorganisation FOPEA vor rund 250 Gästen sowie Akademikern aus Süd- und Nordamerika präsentiert.

Die Studie untersuchte rund 2400 Berichte aus jeweils drei wichtigen Tageszeitungen pro Land und analysierte

Ugandischer Bauer hofft auf Regierungshilfe. Ein von der KAS unterstütztes Journalisten-Seminar griff das Thema auf.



AFRIKA: TRAINING IN VIER LÄNDERN

In vielen Ländern Afrikas südlich der Sahara ist die Medienlandschaft von ähnlichen Problemen gekennzeichnet: Miserable Ausbildung und Bezahlung der Journalisten auf der einen Seite – Blockadehaltung und Repressalien der Regierenden auf der anderen. Das KAS-Medienprogramm Afrika südlich der Sahara trainierte im Rahmen einer Seminarreihe zur politischen Berichterstattung 54 Journalisten aus Malawi, Uganda, Sambia und Angola. Die Themen reichten von der Erarbeitung der neuen Verfassung Sambias über die Rebellenbewegung in Uganda und staatliche Hilfsprogramme bis zum Training für Mitarbeiter des einzigen regierungsunabhängigen Rundfunksender in Angola, Radio Despertar.

dabei auch das Genre, das Profil der Autoren sowie die Informationsquellen. Mexiko, Brasilien und Argentinien berichten zwar quantitativ am meisten über Armut. Doch die inhaltlich vielseitigeren Artikel finden sich in Peru und teilweise auch in Bolivien. Diese Medien nennen mehr Gründe für die Entstehung von Armut sowie Lösungsansätze. Die einschlägigen Wirtschaftszeitungen hingegen widmen sich dem Thema in allen sieben untersuchten Ländern am wenigsten.

Hintergrund für diese Studie war die Fragestellung, wie Medien als Teil der Elite ihre soziale Verantwortung wahrnehmen, wenn es darum geht, Phänomene der Armut zu beschreiben, ihre strukturellen Ursachen zu analysieren, sowie Auswege aufzuzeigen. Ziel der Studie ist es, das Bewusstsein für eine offenbar sehr ausbaufähige Berichterstattung zur Armut zu schärfen und die Debatte zur Armutsbekämpfung wiederzubeleben.

Ausgewählte Veranstaltungen

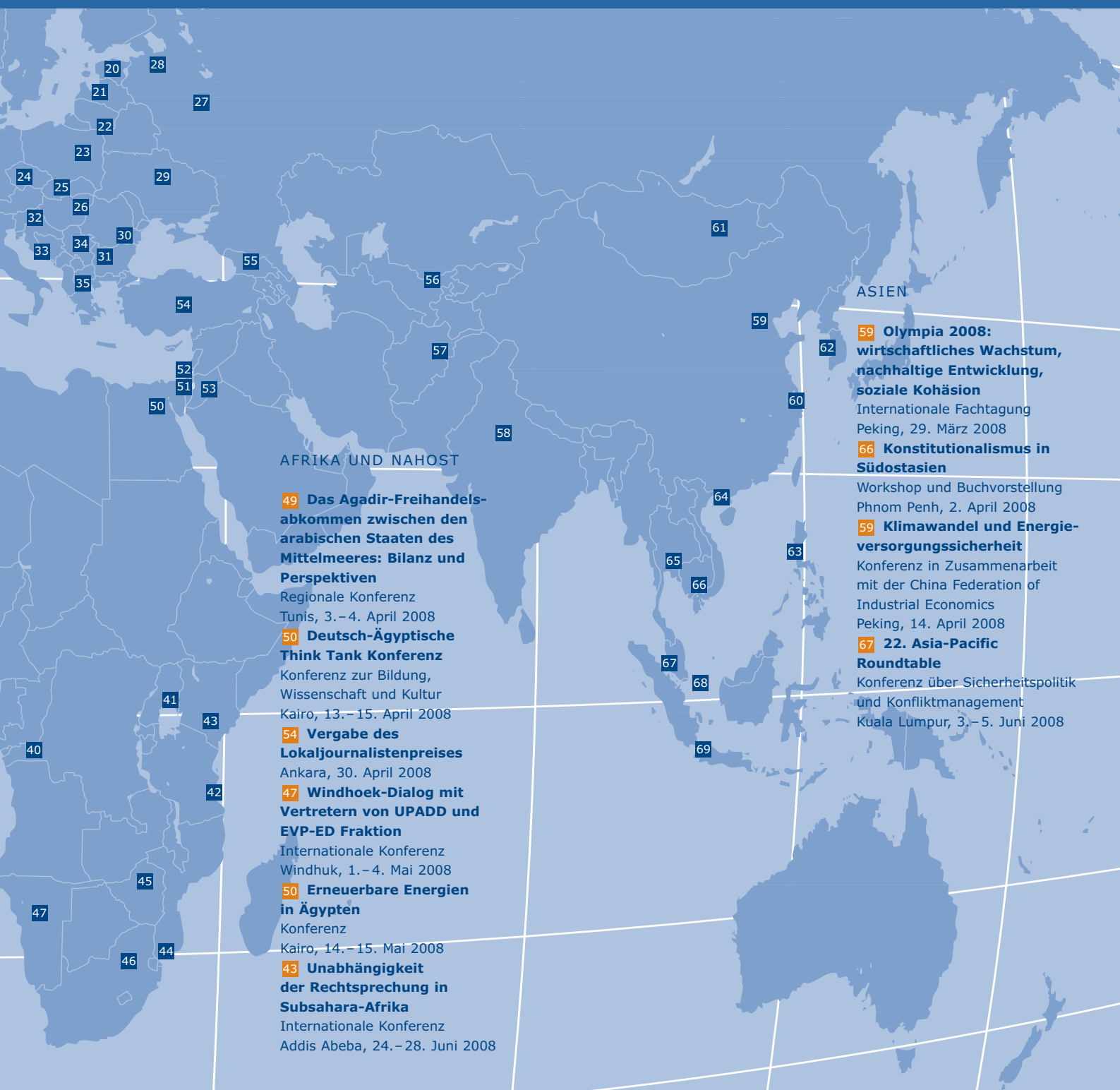
KAS-PANORAMA



AUSLANDSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | LATEINAMERIKA 1 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm) 6 Kolumbien, Bogotá 7 Ecuador, Quito 8 Peru, Lima 9 Bolivien, La Paz 10 Chile, Santiago de Chile 11 Brasilien, Fortaleza und Rio de Janeiro 12 Brasilien, Rio de Janeiro 13 Uruuguay, Montevideo

EUROPA UND NORDAMERIKA 15 USA, Washington 16 Großbritannien, London 17 Belgien, Brüssel (Europabüro) 18 Frankreich, Paris 19 Tschechien, Prag 20 Slowakei, Bratislava 21 Ungarn, Budapest 22 Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm) 23 Serbien, Belgrad 24 Republik Mazedonien, Skopje | **SUBSAHARA-AFRIKA** 36 Senegal, Dakar 37 Ghana, Accra 38 Benin, Cotonou 39 Nigeria, Lagos 40 Nigeria, Lagos 41 Nigeria, Lagos 42 Nigeria, Lagos 43 Kenia, Nairobi (Auslandsbüro und Regionalprogramm Rechtsstaat) 44 Mosambik, Maputo 45 Simbabwe, Harare 46 Republik Südafrika, Johannesburg 47 Republik Südafrika, Johannesburg 48 Republik Südafrika, Johannesburg 49 Republik Südafrika, Johannesburg

50 Ägypten, Kairo 51 Israel, Jerusalem 52 Autonome Gebiete Palästinas, Ramallah 53 Jordanien, Amman (Regionalprogramm Nahost) 54 Türkei, Ankara 55 Türkei, Ankara 56 Türkei, Ankara 57 Türkei, Ankara 58 Türkei, Ankara 59 VR China, Peking und Shanghai 60 VR China, Peking und Shanghai 61 Mongolei, Ulan Bator 62 Republik Korea, Seoul 63 Philippinen, Manila 64 Vietnam, Hanoi 65 Thailand, Bangkok



tsprogramm Mexiko, Zentralamerika, Karibik) **2** Guatemala, Guatemala-Stadt **3** Nicaragua, Managua **4** Costa Rica, San José **5** Venezuela, Caracas
 Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Südamerika) **14** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm
 Spanien, Madrid **20** Estland, Tallinn **21** Lettland, Riga **22** Litauen, Vilnius **23** Polen, Warschau **24** Tschechische Republik, Prag **25** Slowakische Republik,
 regionales Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) **31** Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) **32** Kroatien, Zagreb **33** Bosnien und
 Cotonou (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Bildung Westafrika) **39** Nigeria, Abuja **40** D.R. Kongo, Kinshasa **41** Uganda, Kampala **42** Tansania,
 Johannesburg (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) **47** Namibia, Windhuk | **NORDAFRIKA/NAHOST** **48** Marokko, Rabat **49** Tunesien, Tunis
ASIEN **55** Georgien, Tiflis **56** Usbekistan, Taschkent (Auslandsbüro und Regionalprojekt Zentralasien) **57** Afghanistan, Kabul **58** Indien, Neu Delhi
66 Kambodscha, Phnom Penh **67** Malaysia, Kuala Lumpur **68** Singapur, Singapur (3 Regionalprogr.: Politik, Medien und Recht) **69** Indonesien/Ost-Timor, Jakarta

Ohne demokratisch gesinnte, programmatisch und organisatorisch profilierte Parteien ist Demokratie nicht denkbar.

PARTEIEN- UND PARLAMENTSBERATUNG



Das Parlamentsgebäude in Bogotá/Kolumbien.

EXPERTE AUS DEM KANZLERAMT BERÄT KOLUMBIANISCHES PARLAMENT

Seit mehr als 15 Jahren wird in Kolumbien vergeblich über eine Parlamentsreform gestritten. Inzwischen sind zwar mehrere Reformgesetze verabschiedet worden, allerdings spiegeln sich diese Reformen noch nicht in der alltäglichen Praxis der Parlamentsarbeit wider.

Die Regierung von Präsident Alvaro Uribe unterstützt die Bestrebungen, das Parlament zu stärken, nicht zuletzt als Antwort auf die Vertrauenskrise der Legislative. Stärkung der Fraktionen, mehr Effizienz und Disziplin, eine unabhängige Verwaltung und die Professionalisierung der inhaltlichen Arbeit: das sind die Kernziele einer Reform der parlamentarischen Geschäftsordnung in Kolumbien. Darüber hinaus haben der Präsident und das Uribe-Lager eine Diskussion über die Einführung von mehr parlamentarischen Elementen in das Präsidialsystem entfacht; Maximalforderung ist die gänzliche Einführung des Parlamentarismus. Alle politischen Kräfte sind jedoch einig, dass die Arbeit des Parlaments effektiver gestaltet werden soll.

Um diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen, kam die Regierung mit der Bitte auf die KAS in Kolumbien zu,

die Neugestaltung der Parlamentsarbeit zu unterstützen. Auf Einladung der KAS kam der Leiter des Referats für Kabinetts- und Parlamentsfragen im Bundeskanzleramt, Dr. Georg Kleemann, Ende November 2007 nach Bogotá. Der Erfahrungsaustausch mit den kolumbianischen Kollegen war ein wichtiger Schritt, um die Reformdebatte zu versachlichen und über Parteigrenzen hinweg Unterstützung zu erlangen. Dr. Kleemann traf sich mit kolumbianischen Politikwissenschaftlern und Verfassungsrechtlern sowie mit Schlüsselfiguren des Verfassungsausschusses, Präsidentenberatern und Senatoren.

Die Regierung und das Parlament beauftragten die KAS in Kolumbien, den weiteren Prozess der Reformdiskussion zu koordinieren. Mit Unterstützung kolumbianischer Experten werden fortlaufend Sitzungen mit den Fraktionen aus dem Regierungslager und der Opposition abgehalten. Schon im März 2008 könnte die Reform des Gesetzes zur Regelung der Parlamentsarbeit verabschiedet werden. Im Beratungsstab der KAS ist auch der Bonner Verfassungsrechtler Prof. Dr. Matthias Herdegen vertreten, der für den weiteren Verlauf der Politikberatung nach Kolumbien eingeladen wurde.

Diskutieren über die Aussichten des Friedensprozesses: EVP-ED Fraktionsvorsitzender Josef Daul MdEP, Tony Blair, Elmar Brok MdEP, KAS-Auslandsmitarbeiter Thomas Birringer (v.l.n.r.)

+++ KURZMELDUNG +++

EVP-ED-Delegation in Bethlehem und Ramallah

Vom 4. bis 6. Februar 2008 besuchte eine Delegation der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament Israel und die Palästinensischen Autonomiegebiete. Die Reise fand im Rahmen des vom KAS-Regionalprogramm Nahost/Mittelmeer koordinierten Parlamentarierdialogs statt. Im Mittelpunkt des Besuchs standen Gespräche mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas, Premierminister Salam Fayyad und dem Sondergesandten des Nahost-Quartetts, dem ehemaligen britischen Premierminister Tony Blair. Blair zeigte sich dabei optimistisch, bis Ende des Jahres 2008 ein Abkommen zwischen Israelis und Palä-

stinensern erreichen zu können. Präsident Abbas machte allerdings klar, dass er und seine Fatah-Partei nur dann wieder zu Gesprächen mit der im Gaza-Streifen regierenden Hamas bereit seien, wenn die Hamas die Kontrolle über das Gebiet zurückgebe. Die EVP-ED-Fraktion sagte ihre Unterstützung für den Friedensprozess zu.





KAS-VORSITZENDER IN HANOI

Der Vorsitzende der KAS, Prof. Dr. Vogel, sprach am 31. 1. 2008 in Hanoi, Vietnam, mit dem Präsidenten der Nationalversammlung Nguyen Phu Trong über die zunehmende Bedeutung des Parlaments in Vietnam und vereinbarte eine verstärkte Zusammenarbeit mit der KAS.

„APPROCHER LE PARLEMENT AU PEUPLE“

DER DIALOG DES ABGEORDNETEN MIT SEINER BASIS

Die ersten freien und pluralistischen Parlamentswahlen in der DR Kongo, die 2006 mit umfangreicher internationaler Unterstützung, durchgeführt werden konnten, brachten auch eine neue politische Elite hervor. Allerdings sind 80 Prozent der neugewählten Abgeordneten ohne parlamentarische Erfahrung. In einem Programm mit dem Titel „Approcher le parlement au peuple“ begann das KAS-Büro in Kinshasa bereits 2007 mit Informations- und Dialogveranstaltungen auf Provinz- und Distriktebene. Diese werden auch 2008 fortgesetzt. Am 21. Februar fand ein Seminar statt, bei dem nationale Abgeordnete aus dem Regierungs- und Oppositionslager das politische System und seine Institutionen, das Prinzip der Gewaltenteilung und die parlamentarische Kontrollfunktion, sowie die Aufgaben eines Abgeordneten darstellten. Die Seminarreihe und ihr methodologischer Ansatz leisten einen Beitrag zur politischen Grundbildung der kongolesischen Bevölkerung und fordern die Abgeordneten auf, eigene Positionen im politischen System zu reflektieren. Darüber hinaus schaffen sie ein Dialogforum für den Austausch zwischen Parlamentariern und ihrer Basis.



PARTEIEN- UND PARLAMENTSBERATUNG

„TREFFEN SIE IHREN ABGEORDNETEN!“

AUSTAUSCH ZWISCHEN BÜRGERN UND PARLAMETARIERN IN GHANA

Wie entsteht ein Gesetz? Wie werden die Interessen der Wähler durch die Parlamentarier vertreten? Was hat das Parlament von Ghana in den letzten drei Jahren geleistet? Diese u. a. Fragen konnten Mitglieder des Dachverbandes kleiner und mittlerer Unternehmen GUTA (Ghana Union of Traders Association), Vertreter verschiedener Organisationen und interessierte Bürger den Abgeordneten ihres Wahlkreises stellen. Gemeinsam hatten das Parlament von Ghana, der Verband GUTA und die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem Seminar unter dem Motto „Treffen Sie Ihren Abgeordneten!“ eingeladen. 140 Teilnehmer waren der Einladung gefolgt und konnten sich im direkten Austausch mit zwei Parlamentariern und dem Direktor für öffentliche Angelegenheiten des Parlaments über die Arbeit der Legislative informieren. Für beide Seiten war der Austausch ein Gewinn: die Wähler konnten ihre Anliegen und Fragen vorbringen, die Abgeordneten bekamen einen direkten Eindruck von den Bedürfnissen ihrer Wähler.



Die KAS unterstützt zunehmend den multilateralen Entwicklungsdialog mit Asien, Afrika und Europa.

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG



CHINAS ENTWICKLUNGSSUSAMMENARBEIT MIT AFRIKA

INTERNATIONALES SYMPOSIUM IN PEKING

Chinas Engagement in Afrika rückt zunehmend in den Blickpunkt der internationalen Öffentlichkeit. Tatsächlich haben sich die Beziehungen zwischen der Volksrepublik und dem afrikanischen Kontinent in den vergangenen Jahren bedeutend intensiviert.

Auf der Suche nach Rohstoffen und Absatzmärkten hat Peking den afrikanischen Kontinent als einen wichtigen Partner für sich entdeckt. Und auch viele Afrikaner schätzen die Unternehmer aus Asien: Sie sorgen für Wirtschaftswachstum, schaffen Arbeitsplätze und machen die Staaten der Region unabhängiger gegenüber den alten Kolonialmächten. Doch afrikanische NROs und westliche Entwicklungshilfeorganisationen bezweifeln die Nachhaltigkeit dieser neuen Wirtschaftsbeziehungen. Droht Afrika, zu einem bloßen Rohstofflieferanten und Absatzmarkt für die Volksrepublik zu werden? Werden tatsächlich langfristige Arbeitsplätze geschaffen? Und unterläuft Peking nicht die Bemühungen des Westens um Good Governance? Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Olympischen Spiele im Sommer 2008 in Peking werden insbesondere die Kontak-

te der Volksrepublik zu Staaten mit einer zweifelhaften Menschenrechtssituation wie etwa Sudan oder Simbabwe diskutiert.

Chinas Engagement in Afrika wirft zahlreiche Fragen hinsichtlich der Entwicklungs-, Wirtschafts-, und Sicherheitspolitik auf. Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Peking veranstaltete deshalb gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) am 3. und 4. Dezember 2007 in Peking ein internationales Symposium, um über chinesische und europäische Sichtweisen hinsichtlich der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika zu diskutieren. Hier kam es für die Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, unter ihnen Repräsentanten aus dem Außen- und Handelsministerium, der Kommunistischen Partei Chinas sowie anderen staatlichen Institutionen zu einem offenen und kontroversen Meinungsaustausch. Die seit Mitte 2007 stattfindenden chinesisch-deutschen Konferenzen werden im Jahr 2008 fortgeführt.

Die Tagungsteilnehmer des Internationalen Symposiums in Peking v.l.n.r.: Prof. Yang Guang (CASS), Prof. Dr. Dirk Messner (DIE), Winfried Jung (Landesbeauftragter der KAS für China)

EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFTSPOLITIK MIT MAROKKO – DIALOGFORUM IN RABAT

Welche Auswirkungen hat die Europäische Nachbarschaftspolitik auf die Beziehungen zwischen Marokko und Europa? Am 6. und 7. Dezember 2007 fand das sechste Dialogforum zur Europäischen Nachbarschaftspolitik in Rabat statt, organisiert von der KAS und der „Association Ribat Al Fath“.

Unter der Schirmherrschaft von König Mohammed VI hatten Politiker und Zivilgesellschaft die Möglichkeit, über Erfolge und Chancen der euromediterranen Partnerschaft zu diskutieren, u.a. mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Andreas Schockenhoff und dem Generalsekretär

des marokkanischen Außenministeriums Omar Hilal.

Auf die Forderung, die Partnerschaft mit der EU durch ein „statut avancé“ zu vertiefen, entgegnete Dr. Schockenhoff MdB, die Effizienz der euromediterranen Partnerschaft könne durch einen solchen Sonderstatus Marokkos allein nicht verbessert werden, solange die im Barcelona-Prozess festgelegten Vereinbarungen nicht umgesetzt seien (Förderung des Bildungs- und Gesundheitsbereiches, gute Regierungsführung, Rechtssicherheit etc.).

V.l.n.r.: Mustapha Mansouri, Vorsitzender des RNI und Präsident der marokkanischen Abgeordnetenversammlung, Dr. Andreas Schockenhoff MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Schiller, Landesbeauftragter der KAS für Marokko



Der politische Dialog dient dem Meinungsaustausch, der Friedenssicherung und schafft Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

POLITISCHER UND SICHERHEITSDIALOG

INTERNATIONALE SICHERHEITSKONFERENZ IM FORTE DE COPACABANA/RIO DE JANEIRO

Vom 15. bis 16. November 2007 fand die IV. Internationale Sicherheitskonferenz im Forte de Copacabana in Rio de Janeiro zum Thema „Internationale Sicherheit: Ein Europäisch-Südamerikanischer Dialog“ statt.

V.l.n.r.: der portugiesische Verteidigungsminister Nuno Severiano Teixeira, zum damaligen Zeitpunkt Präsident des Rates der europäischen Verteidigungsminister, der brasilianische Verteidigungsminister Nelson Jobim und der Landesbeauftragte der KAS für Brasilien, Dr. Wilhelm Hofmeister.



Wie in den Vorjahren wurden im Kreis von Politikern, Militärs, Regierungsvertretern und Akademikern aus Süd- und Nordamerika, Europa und Asien aktuelle Fragen der internationalen Sicherheitspolitik diskutiert. Ziel der Veranstaltung, die von der KAS in Brasilien in Partnerschaft mit dem Centro Brasileiro de Relações Internacionais (CEBRI), dem Centro de Estudos das Américas (CEAs) der Cândido-Mendes-

Universität in Rio de Janeiro und dem Lehrstuhl Mercosul der Science Politiques in Paris organisiert wurde, war es, die sicherheitspolitische Kooperation zwischen den beiden Kontinenten anzuregen.

In seiner Eröffnungsrede betonte der brasilianische Verteidigungsminister Nelson Jobim die Bereitschaft Brasiliens, an internationalen Friedensmissionen teilzunehmen. Dem Streben nach Atomwaffen erteilte der Minister ausdrücklich eine Absage. Gleichzeitig hob er die friedlichen Absichten seines Landes hervor. Ebenso wie der portugiesische Verteidigungsminister Nuno Teixeira, der auch im Namen der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft sprach, betonte Minister Jobim das gute Verhältnis zwischen Europa und Brasilien.

Im Verlauf der Konferenz ergaben sich lebhafte Debatten über die verschiedenen Themenblöcke, wie gemeinsame Auslandsmissionen, Nicht-Proliferation, regionales Wettrüsten und Sicherheitspolitik. Durch Aktualität, Kontinuität, Internationalität und die Tatsache, dass es im Bereich der Sicherheitspolitik keine in der Form vergleichbare Veranstaltung in Südamerika angeboten wird, ist die Sicherheitskonferenz in Forte de Copacabana zu einem etablierten Forum über internationale Sicherheitsfragen geworden.

+++ KURZMELDUNG +++

Chancen und Herausforderungen der türkischen Außenpolitik

Auf Einladung der KAS nahm der in der AKP für Außenpolitik zuständige neue stellvertretende Parteivorsitzende und außenpolitische Berater von Ministerpräsident Erdoğan, Egemen Bağış, an einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung zur türkischen Außenpolitik und den deutsch-türkischen Beziehungen in Berlin teil. In seiner Rede wies Bağış darauf hin, dass die Türkei in den letzten Jahren unter Führung der AKP in vielen Bereichen außenpolitisch erfolgreich agiert habe: So habe sich das Verhältnis zu Griechenland und Syrien



verbessert, gute Beziehungen pflege man mit Russland, und mit den USA sei

eine strategische Partnerschaft schriftlich fixiert worden. Probleme für die Türkei sah er vor allem im iranischen Atomprogramm und in der Sicherheitslage des Nachbarlandes Irak.

Der Islam ist eine globale Religion. Seine Vielfalt macht deutlich, dass der innere Dialog mindestens ebenso wichtig ist, wie der Austausch mit anderen Religionen.

WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG

ISLAM IN DEN GESELLSCHAFTEN SUBSAHARA-AFRIKAS

TRADITION DER TOLERANZ UND GEFAHR DER RADIKALISIERUNG

Der Islam ist eine globale Religion, die eine Vielzahl von Lebens- und Politikformen in ihrer Mitte versammelt. Dies hat der Gipfel der Islamischen Weltkonferenz, der im März 2008 in der senegalesischen Hauptstadt Dakar stattfand, erneut verdeutlicht.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung nutzte die Aufmerksamkeit für den bevorstehenden Gipfel und nahm diesen zum Anlass, um sich im Rahmen eines dreitägigen internationalen Kolloquiums im Februar 2008 intensiv mit der Thematik Islam in den Gesellschaften Schwarzafrikas auseinanderzusetzen. Die Veranstaltung stand unter der Schirmherrschaft des senegalesischen Staatspräsidenten Abdoulaye Wade. Ausgewiesene Experten aus zehn afrikanischen Ländern, darunter Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Medien und Zivilgesellschaft beleuchteten unter anderem folgende Aspekte: die Beziehung zwischen Islam und Politik, die Rolle der Frauen im Islam und den religiösen Diskurs in den Medien.



Sichtbar wurde im Rahmen des Kolloquiums einerseits die Partikularitäten des Islam in Subsahara-Afrika: seine gesamte Vielfalt, seine Offenheit und Toleranz gegenüber anderen Religionen und Kulturen sowie die Verschiedenheit seiner Ausprägungen und Interaktionsformen mit Staat und Gesellschaft. Deutlich wurde andererseits jedoch auch, dass der Islam in Subsahara-



V.l.n.r.: der senegalesische Innenminister Ousmane Ngom, Andreas Lämmel MdB, Karsten Dümmel, Auslandsmitarbeiter der KAS im Senegal

ra-Afrika in zunehmendem Maße Bestandteil einer globalen muslimischen Kommunikationsgemeinschaft wird, die sich gegenseitig beeinflusst und prägt. Diese Entwicklung kann auch Tendenzen zur Politisierung und Radikalisierung beinhalten. Konflikte zeichnen sich in diesem Kontext insbesondere innerhalb der Religionsgemeinschaften ab. Vor diesem Hintergrund stimmten die Teilnehmer des Kolloquiums überein, dass der Dialog innerhalb der verschiedenen Religionen mindestens ebenso, möglicherweise aber sogar noch wichtiger sei als der zwischen ihnen.



Der Islamologe Abdou Aziz Kebè lehnt den Begriff „schwarzer Islam“ ab. Dennoch habe sich der senegalesische Islam anders entwickelt, als in arabischen oder asiatischen Ländern.

In der Region findet nur selten ein Austausch zu dieser Thematik über Staatsgrenzen hinweg statt. Daher rief das gemeinsam mit der Universität Dakar ausgerichtete multidisziplinäre und internationale Kolloquium ein großes Echo in der senegalesischen Öffentlichkeit hervor. Der Staatspräsident des Senegal beglückwünschte die Konrad-Adenauer-Stiftung ausdrücklich zu dieser Initiative und übermittelte den Wunsch der Regierung, die Ergebnisse dieses Kolloquiums in die Arbeitsgruppen des islamischen Weltgipfels einbringen zu können.

Bild links: An der Konferenz nahmen neben religiösen Würdenträgern und Islamwissenschaftlern auch politische Verantwortungs-träger teil. Zu sehen sind die Botschafter Saudi-Arabiens, Kuwaits und Schwedens.



Auslandsmitarbeiter aus der Mittelmeerregion und der KAS-Zentrale v.l.n.r.: Dr. Jacobs, Dr. Ostry, Dr. Hänsel, Dr. Reifeld, Spengler, Birringer, Däumer, Dr. Erdle, Schiller, Senkyr

WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG

KAS-MITTELMEERKONFERENZEN:

SPANIEN ALS BRÜCKE IM DIALOG DER RELIGIONEN UND KULTUREN

„Es kann und darf keinen Mittelmeerdiallog ohne die Einbeziehung Deutschlands geben“. Mit diesem deutlichen politischen Statement eröffnete Josep Antoni Duran i Lleida, der Vorsitzende der christlich-demokratischen katalanischen Partei UDC und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des spanischen Parlaments die KAS-Mittelmeerkonferenz im November 2007.

Um diesem in der Vergangenheit immer wieder vorgetragenen Wunsch zu entsprechen, rief das Auslandsbüro Madrid der Konrad-Adenauer-Stiftung 2005 eine jährlich in Spanien stattfindende Mittelmeerkonferenz ins Leben. Das iberische Land ist ein in besonderer Weise geeigneter Ort für den Dialog zwischen den Mitgliedsländern der EU und den Staaten des südlichen Mittelmeerraums. Es vereint historisch die Traditionen der drei monotheistischen Religionen Christentum, Judentum und Islam in sich und kann somit eine wichtige Brückenfunktion erfüllen. Zugleich hat es für die EU geostrategisch und sicherheitspolitisch eine große Bedeutung.

Die Mittelmeerkonferenzen haben sich in den letzten Jahren zu einem Flaggschiff der Arbeit des KAS-Auslandsbüros Madrid entwickeln können. Parteiübergreifend werden sie als Dialogforum geschätzt. 2007 widmete sich die Mittelmeerkonferenz der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik.



Der deutsch-iranische Autor und Orientalist Navid Kermani plädiert für die Vereinbarkeit von Religiosität und staatsbürgerlichem Engagement.



MUSLIME ALS STAATSBÜRGER

IDENTITÄT DURCH NATIONALITÄT ODER RELIGION?

Idee und Begriff der „Staatsbürgerschaft“ sind in der arabischen Welt zu einem viel diskutierten Thema geworden. Gerade in Ägypten fragt man sich angesichts der Zunahme religiöser Lebensstile, worauf Identitätsfindung beruhe: auf Nationalität, auf Religion oder vielleicht auf beiden? Damit geht die Frage einher, wie ein gläubiger Muslim zugleich ein verantwortungsbewusster Staatsbürger sein kann.

Zur Diskussion dieser durchaus präsenten Thematik einen prominenten deutschen Muslim zu Wort kommen zu lassen, war für viele Ägypter gleichermaßen reizvoll wie ungewohnt. Der bekannte deutsch-iranische Autor und Orientalist Navid Kermani, der auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung im November 2007 in Kairo sprach, ging in seinen Ausführungen deshalb insbesondere auf die Situation der Muslime in Deutschland ein. Dort, so Kermani, hätten die Muslime verstanden, dass sie ihre Einstellungen ändern und besser organisieren müssten, um eine aktive Rolle in der deutschen Gesellschaft spielen zu können. Vorbehalte und Benachteiligungen seien zwar offenkundig, gleichzeitig sei aber auch der Beginn einer konstruktiven Auseinandersetzung zwischen Staat und Muslimen – etwa im Rahmen der deutschen Islamkonferenz – feststellbar. Vielen Muslimen in Deutschland sei klar geworden, dass Staats-treue, bürgergesellschaftliches Engagement und Religiosität kein Widerspruch seien. Eine solche Kultur der Verantwortung wünsche er sich auch für Ägypten und den gesamten Nahen Osten.

RELIGION UND RECHTSSTAAT IM NAHEN OSTEN

„Gemeinsamkeiten hervorheben – Unterschiede respektieren“

In diesem Tenor eröffnete Prinz El Hassan bin Talal die internationale Konferenz „Religion und Rechtsstaat im Nahen Osten“ am 27. Februar 2008 in Amman. Zur Konferenz des KAS-Regionalprogramms Nahost/Mittelmeer und des Royal Institute for Inter-Faith Studies kamen eine Vielzahl renommierter Fachleute aus Europa und dem Nahen Osten nach Amman. Prinz El Hassan bin Talal hob in seiner Eröffnungsrede hervor, dass die „Kultur des Hasses“ der Extremisten auf einer Ablehnung jeder etablierten Ordnung beruhe. Sie sei im Grunde nihilistisch und damit areligiös.

ENERGIE UND UMWELT

POLENZ ERÖFFNET ENERGIE-KONFERENZ IN AMMAN

Im Nahen Osten sind Energie- und Klimafragen aufgrund der zunehmenden Wasserknappheit, der steigenden Erdölpreise sowie wegen des zunehmenden Interesses an der friedlichen Nutzung von Atomkraft von hohem Interesse. Antworten auf diese Fragen suchten Politiker aus Deutschland und Jordanien auf der Konferenz „Weltweite gemeinsame Herausforderungen und regionale Trends – die arabische Welt im Umbruch“, die das KAS-Regionalprogramm „Politischer Dialog Nahost/Mittelmeer“ gemeinsam mit dem „Regional Centre for Conflict Prevention“ in Amman durchführte. Bei

seiner Eröffnungsansprache wies der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Ruprecht Polenz MdB, darauf hin, dass auch der Nahe Osten aufgrund seiner geographischen Lage am Schnittpunkt dreier Kontinente von der Globalisierung profitieren könnte – vorausgesetzt seine Volkswirtschaften reformierten sich.



DEUTSCH-POLNISCHE PERSPEKTIVEN IN DER ENERGIEPOLITIK

Polens Vizepremier und Wirtschaftsminister, Waldemar Pawlak, eröffnete ein Expertengespräch zur europäischen Energiepolitik in Warschau, das vom Zentrum für Internationale Beziehungen in Kooperation mit der KAS und der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit veranstaltet wurde. Vertreter aus Politik und Wirtschaft, darunter der Europa-Abgeordnete Elmar Brok und Vertreter der Firmen E.ON und Wingas diskutierten die unterschiedlichen Perspektiven. Zwar blieben die Meinungsverschiedenheiten zur Ostsee-Pipeline bestehen. Gleichzeitig wurde jedoch deutlich, dass die Energiepolitik in Zukunft vielfältige Chancen zur Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland eröffnet.

KORRUPTION ALS URSACHE VON UMWELTSCHÄDEN IN KOLUMBIEN

Eine wesentliche Ursache für Umweltzerstörungen ist Korruption. Der Kampf gegen Bestechung muss daher auch hinsichtlich der Förderung einer nachhaltigen und naturschonenden Entwicklung geführt werden. So entstehen etwa in Kolumbien am Rande der Städte ganze Viertel ohne offizielle Erlaubnis und ohne Rücksicht auf Umwelt und Natur.

Gemeinsam mit der KAS hat die kolumbianische Organisation OCASA („Jugendliche gegen Korruption“) einen wichtigen Schritt unternommen, um die negativen Auswirkungen der Korruption auf die nachhaltige Entwicklung aufzudecken, zu thematisieren und Methoden zu finden, diesen Missständen zu begegnen. Im Rahmen einer eintägigen Konferenz mit dem Titel „Korruption und Umweltschutz“ diskutierten die Teilnehmer das Thema öffentlich und tauschten positive Erfahrungen zur Lösung der Probleme aus.



Ein Ergebnis des Forums war die Erkenntnis, dass es nicht ausreicht, Verschmutzer zur Kasse zu bitten, da Schäden an den Naturschätzen mit Geld nicht repariert werden können. Vielmehr müsse langfristig ein Weg gefunden werden, eine saubere und nachhaltige Produktion im gesamten Wirtschaftssystem zu etablieren und die Korruption allgemein stärker zu bekämpfen, um illegale Wuchersiedlungen und die damit verbundenen Umweltzerstörungen zu vermeiden.

Mit Projekten in über 100 Ländern engagiert sich die KAS weltweit für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

NEUIGKEITEN AUS DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

NAMEN UND GESICHTER:



HENRI GISCARD BOHNET

- Ist seit Januar 2008 Leiter des Auslandsbüros in Skopje/Mazedonien
- War zuvor Trainee in Moskau/Russland
- Kontakt: bohnnet@kas.com.mk



PROF. DR. CHRISTIAN ROSCHMANN

- Ist seit Januar 2008 Leiter des Rechtsstaatsprogramms Afrika
- War zuvor unter anderem für die GTZ tätig
- Kontakt: kaslaw@kenyaweb.com



MICHAEL LINGENTHAL

- Ist seit Februar 2008 Leiter des KAS-Büros in Lima/Peru.
- War zuvor Auslandsmitarbeiter der KAS in Paraguay und Venezuela sowie der erste Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes; zuletzt war er im Rahmen der politischen Bildung der KAS tätig.
- Kontakt: michael.lingenthal@kas.de



DR. HUBERT GEHRING

- Ist seit März 2008 Leiter des KAS-Büros in Prag/Tschechische Republik und des Verbindungsbüros Slowakei.
- War zuvor Auslandsmitarbeiter der KAS in Mexiko und Venezuela.
- Kontakt: gehring@kasprag.cz



ANNA KATHARINA BÖLLING

- Ist seit Februar 2008 Trainee in Warschau/Polen.
- War zuvor als freiberufliche Projektkoordinatorin in der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit im Team Europa/Nordamerika tätig.
- Kontakt: anna.boelling@kas.de

NEUERSCHEINUNGEN



NACHBARN, PARTNER, FREUNDE – GEMEINSAME WERTE ALS GRUNDLAGE FÜR PARTNERSCHAFT

Zum 75. Geburtstag von Prof. Dr. Bernhard Vogel gratulierte das KAS Auslandsbüro Warschau mit einer Publikation, in der Reden Vogels in Polen, Deutschland und Rom zusammengestellt sind. Themen sind u. a. die bilateralen Beziehungen und die Versöhnung zwischen Polen und Deutschland, Christliche Demokratie und Soziallehre, Patriotismus und Nationalismus. ■ **Bezug:** Auslandsbüro Polen



MENSCHENRECHTSSCHUTZ IM STRAFVERFAHREN: RECHTSVERGLEICHENDE STUDIE FÜR SOE

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Jahr 2007 die deutsche EU-Ratspräsidentschaft intensiv begleitet. Zu den Aktivitäten zählte ein großangelegtes Regionalprojekt des Rechtsstaatsprogramms Südosteuropa im Bereich Justiz zur Förderung von Mindeststandards im Strafverfahren. Aus dem Projekt ist eine rechtsvergleichende Studie mit dem Titel „Safeguarding Human Rights in Europe: The Rights of Suspects/ Accused and their Defense in Criminal Proceedings in South East Europe“ hervorgegangen. Renommierte Rechtsexperten aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Rumänien und Serbien analysieren darin das jeweilige nationale Strafverfahrensrecht. Die Studie umfasst 344 Seiten. Sie liegt nun auch in englischer Sprache vor.

■ **Bezug:** Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa, Bukarest; <http://www.kas.de/rspsoe>

INT – ONLINE

Alles Wissenswerte rund um die Internationale Zusammenarbeit der KAS



■ **Leitlinien der Internationalen Zusammenarbeit:**
Zukunftsthemen, Ansprechpartner

■ **Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik:**
Projekte, Analysen, Veranstaltungen

■ **Entwicklungspolitik:**
Maßnahmen, Thesen, Publikationen

■ **Länderinformationen:**
Auslandsbüros, Länderberichte, Interviews

<http://www.kas.de/international/>



AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



ISLAM UND RECHTSSTAAT

In den islamisch geprägten Ländern sind in vielen Verfassungstexten die Grundrechte der Bürger niedergelegt, wenn auch deren Durchsetzung in der Realität mangels unabhängiger Institutionen vieles zu wünschen übrig lässt. Hier will die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Ausformung rechtsstaatlicher Strukturen konstruktiv beitragen. Diese Publikation dokumentiert eine Konferenz, bei der sich Experten aus den islamischen Ländern und aus Deutschland über das Verständnis von Gerechtigkeit, Verfassungsgrundlagen und Fragen des religiösen Rechts ausgetauscht haben.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.12967/>



KLIMAREPORT INTERNATIONAL

Der Report, zusammengestellt aus Berichten von über 50 KAS-Auslandsmitarbeitern, gibt einen Überblick über die Auswirkungen des Klimawandels und den Umgang mit dem Klimaschutz in den einzelnen Staaten. Alle Auslandsmitarbeiter sind versierte Kenner des politischen Umfelds in ihren Einsatzländern. Jeder einzelne gibt eine genaue Einschätzung darüber, welchen Stellenwert die Maßnahmen zum Klimaschutz jenseits feierlicher Deklarationen im politischen Tagesgeschäft.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.12492/>



PARTEIEN UND IHRE WÄHLER – GESELLSCHAFTLICHE KONFLIKTLINIEN UND WÄHLERMobilisierung IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Der Band beruht auf einer Tagung, die von der KAS und dem Hamburger „German Institute of Global and Area Studies“ (GIGA) im Mai 2007 durchgeführt wurde. Anhand von ausgewählten Forschungs- und Projektländern analysieren die Beiträge die Beziehungen zwischen Parteien und ihren Wählern und die Bestrebungen der Parteien, Wähler unter den Bedingungen nachlassender Parteibindungen zu mobilisieren.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.12989/>



IM DIALOG MIT MUSLIMEN

Die Broschüre bietet Projektbeispiele aus 17 islamisch geprägten Ländern und Regionen, in denen die KAS im Rahmen ihrer internationalen Arbeit Dialoginitiativen angeregt und entwickelt hat. In der Einleitung wird eine Art „roter Faden“ formuliert, der diese positiven Beispiele und die Ziele der internationalen Arbeit miteinander verknüpft und gleichzeitig die Pluralität innerhalb der islamischen Welt betont. Den Abschluss bildet eine Skizze der Dialoginitiativen der KAS in Deutschland.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.12743/>



INTERNATIONALE PARTEIENZUSAMMENARBEIT DER KAS GLOBALES ENGAGEMENT FÜR FRIEDEN UND DEMOKRATIE

Die Zusammenarbeit mit und die Förderung von demokratischen Parteien zählt zu den Schwerpunkten der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Anhand ausgewählter Beispiele gibt diese Broschüre einen Überblick über die weltweiten Aktivitäten der KAS im Bereich der Parteienförderung.

■ **Bezug:** <http://www.kas.de/wf/de/33.12772/>



DRUCKFAKTOREN UND INTERESSENKONFLIKTEN IM GERICHTSWESEN

Die vielzitierten Begriffe „Unabhängigkeit“ und „Unparteilichkeit“ der Justiz bleiben im Justizdialog meist nur Schlagworte. Das KAS-Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa hat nun ein Handbuch für Richter veröffentlicht, das diese Begriffe insbesondere auch im Lichte der Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs definiert. Des weiteren beschreibt es Instrumente und Mechanismen zum Schutz der richterlichen Unabhängigkeit und enthält einige Fallstudien als Trainingsmaterial.

Sie liegt in englischer und in rumänischer Sprache vor.

■ **Bezug:** Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa, Bukarest; <http://www.kas.de/rspsoe>